



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

38. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 4. Januar 1985

Nummer 1

Grußwort an die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen

Allen Beamten, Angestellten und Arbeitern in der Landesverwaltung und in den Kommunalverwaltungen danke ich für die verantwortungsbewußte Arbeit während des letzten Jahres. Diese Leistungen verdienen um so größere Anerkennung, als Opfer, die der öffentliche Dienst für das Allgemeinwohl erbringen mußte, die Qualität der Aufgabenerfüllung nie spürbar überschatteten. In meinen Dank schließe ich die Gewerkschaften und Berufsvertretungen für das engagierte Wirken im Interesse ihrer Mitglieder ein. Mit einem ausgewogenen Tarifabschluß, der Augenmaß für das finanziell Mögliche dokumentiert, wurde die Grundlage für eine angemessene Beteiligung des öffentlichen Dienstes an der gesamtgesellschaftlichen Einkommensentwicklung in diesem Jahr geschaffen.

Die Bedingungen, unter denen wir handeln, ändern sich zunehmend. Sorgen zahlreicher Bürger um Frieden, gesicherte Arbeitsplätze und eine gesunde Umwelt führen auch gegenüber staatlichen Entscheidungen zu größerer Skepsis. Stärker noch als in der Vergangenheit wird es darauf ankommen, unterschiedliche und oft in Widerstreit geratende Interessen auszugleichen, Gegnerschaften abzubauen, statt sie zu verhärten. Oft genug wird hierbei die Verwaltungsentcheidung selbst in das Kreuzfeuer der Kritik geraten. Für aufrichtige Motive solcher Kritik sollten wir stets aufgeschlossen sein und die Richtigkeit unseres Handelns immer neu überdenken.

Ich hoffe, daß auch in Zukunft die Atmosphäre einer freundlichen und kollegialen Zusammenarbeit in den Behörden jedem einzelnen Beschäftigten Freude an seiner Tätigkeit ermöglicht.

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich für das Jahr 1985 Gesundheit und Glück.

Dr. Herbert Schnoor
Innenminister des
Landes Nordrhein-Westfalen

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
20322	27. 11. 1984	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten	3
2054 20524	4. 12. 1984	RdErl. d. Innenministers Datei der polizeieigenen Kraftfahrzeuge	3
21260	5. 12. 1984	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Entseuchungsmaßnahmen im Krankentransportdienst	3
2160	30. 11. 1984	Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe – Gesellschaft für internationale Begegnung e. V. –	3
2170	4. 12. 1984	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung von Sozialstationen	3
2180	3. 12. 1984	Bek. d. Innenministers Verbot von Vereinen; „Europäische Sport- und Kultur-Vereinigung Bergisch Gladbach 83“	3
6410	27. 11. 1984	RdErl. d. Finanzministers Vermögensverwaltung des Landes; Vermietung von Wohnungen des Landes Nordrhein-Westfalen (Landesmietwohnungsanordnungen – LMWA –)	3
791	26. 11. 1984	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Naturschutz und Landschaftspflege in wasserrechtlichen Verfahren und bei wasserwirtschaftlichen Maßnahmen	4
7920	27. 11. 1984	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Rahmensatzung für die Jagdgenossenschaften nach dem Landesjagdgesetz (LJG – NW)	6
7920	27. 11. 1984	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Vordrucke für die Wildbewirtschaftung	6
930	26. 11. 1984	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Durchführung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes	6

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Ministerpräsident	
6. 12. 1984	Bek. – Honorarkonsulat der Republik Ecuador, Frankfurt/Main	7
	Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
4. 12. 1984	Mitt. – Aufstellung über die vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen seit dem 1. 11. 1984 registrierten Tarifvereinbarungen nach dem Stand vom 30. 11. 1984	8
	Justizminister	
	Stellenausschreibungen für die Verwaltungsgerichte Gelsenkirchen und Köln	20
	Hinweis	
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 68 v. 17. 12. 1984	20

I.

20322

Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten

Gem. RdErl. d. Finanzministers - B 2203 - 5.12 - IV A 3 -
u. d. Innenministers - II A 1 - 1.54.10 - 60/84 -
v. 27. 11. 1984

Die Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten (Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers v. 28. 10. 1969 - SMBl. NW. 20322 -) werden wie folgt geändert:

1. Nummer 2.31 Ziffer 4 erhält folgende Fassung:
 - a) Abschlußprüfungen für Ausbildungsberufe 85,- DM
 - b) Verwaltungseigene Prüfungen für Arbeiter 70,- DM
 - c) Zwischenprüfungen für Ausbildungsberufe:
Zwei-Drittel des Betrages für die Abschlußprüfung.
2. Die Nummer 4 wird gestrichen.
3. Die bisherigen Nummern 5 (5.1 bis 5.4) werden Nummern 4 (4.1 bis 4.4).
4. In der neuen Nummer 4.4 wird die Nummer 5.1 durch die Nummer 4.1 ersetzt.

- MBl. NW. 1985 S. 3.

2054

20524

Datei der polizeieigenen Kraftfahrzeuge

RdErl. d. Innenministers v. 4. 12. 1984 - IV D 4 - 1853

In der Anlage 2 Nr. 1 (Schlüsselverzeichnis Behörden/Einrichtungen) meines RdErl. v. 5. 4. 1976 (SMBl. NW. 2054) wird die Schlüsselzahl 107 gestrichen.

Die bisher unter dieser Schlüsselzahl (BPA-Abteilung Essen) geführten Kraftfahrzeuge werden der Schlüsselzahl 101 (BPA-Abteilung II) zugeordnet.

- MBl. NW. 1985 S. 3.

21260

Entseuchungsmaßnahmen im Krankentransportdienst

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 5. 12. 1984 - V B 1 - 0213.4

Mein RdErl. v. 2. 3. 1967 (SMBl. NW. 21260) wird hiermit aufgehoben.

MBL. NW. 1985 S. 3.

2160

Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe

- Gesellschaft für internationale Begegnung e. V. -

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 30. 11. 1984 - IV B 2 - 6113/K

Als Träger der freien Jugendhilfe wurde nach § 9 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. April 1977 (BGBl. I S. 633), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1469) i. V. mit § 21 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt (AG-JWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1965 (GV. NW. S. 248), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1984 (GV. NW. S. 370), - SGV. NW. 216 - öffentlich anerkannt:

Gesellschaft für internationale Begegnung e. V.,
Sitz Köln
(am 30. 11. 1984)

- MBl. NW. 1985 S. 3.

2170

Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung von Sozialstationen

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 4. 12. 1984 - IV A 1 - 5655.2

Nr. 3 meines RdErl. v. 28. 4. 1983 (SMBl. NW. 2170) erhält folgende Fassung:

Zuwendungsempfänger

Die Zuwendungen können für Sozialstationen in der Trägerschaft von Gemeinden (GV), Kirchengemeinden und Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege gewährt werden, sofern der Träger seinen Sitz in Nordrhein-Westfalen hat und die Sozialstation in Nordrhein-Westfalen betrieben wird.

- MBl. NW. 1985 S. 3.

2180

Verbot von Vereinen

„Europäische Sport- und Kultur-Vereinigung Bergisch Gladbach 83“

Bek. d. Innenministers v. 3. 12. 1984 - IV A 3 - 2214

Gemäß § 3 Abs. 4 Satz 2 des Vereinsgesetzes vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469), wird nachstehend der verfügende Teil des vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen am 5. Juli 1983 erlassenen Vereinsverbots bekanntgemacht:

Verfügung:

1. Der Zweck der „Europäischen Sport- und Kultur-Vereinigung Bergisch Gladbach 83“, Bergisch Gladbach, läuft den Strafgesetzen zuwider.
2. Die „Europäische Sport- und Kultur-Vereinigung Bergisch Gladbach 83“ ist verboten. Sie wird aufgelöst.
3. Der „Europäischen Sport- und Kultur-Vereinigung Bergisch Gladbach 83“ ist jede Tätigkeit verboten. Die Bildung von Ersatzorganisationen ist untersagt.
4. Das Vermögen der „Europäischen Sport- und Kultur-Vereinigung Bergisch Gladbach 83“ wird beschlagnahmt und eingezogen.
5. Die sofortige Vollziehung der Verfügung wird angeordnet; dies gilt nicht für die Einziehung des Vermögens.

Die am 4. August 1983 erhobene Klage gegen das Vereinsverbot ist vom Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen durch Urteil vom 7. September 1984 abgewiesen worden. Das Urteil hat am 3. November 1984 Rechtskraft erlangt. Das Verbot wird daher gemäß § 7 Abs. 1 Vereinsgesetz vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469), nochmals bekanntgemacht.

- MBl. NW. 1985 S. 3.

6410

Vermögensverwaltung des Landes Vermietung von Wohnungen des Landes Nordrhein-Westfalen (Landesmietwohnungsanordnungen - LMWA -)

RdErl. d. Finanzministers v. 27. 11. 1984 -
VV 2756 - 1 - III B 1

Die Landesmietwohnungsanordnungen, RdErl. v. 20. 2. 1978 (SMBl. NW. 6410), werden wie folgt geändert:

1 Mietvertrag

1.1 Nr. 5.32 erhält folgenden Wortlaut:

5.32 Der vereinbarte Mietzins ist jährlich zu überprüfen und ggfs. nach Maßgabe des Mietvertrages und der gesetzlich zulässigen Miete anzupassen.

2 Mietvertrag - Anlage 2 -

2.1. § 5 Abs. 5 und 6 entfallen. Dafür wird folgender Absatz 5 eingefügt:

Der Vermieter hat das Recht, eine Erhöhung der Miete nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften zu verlangen.

- MBl. NW. 1985 S. 3.

791

Naturschutz und Landschaftspflege in wasserrechtlichen Verfahren und bei wasserwirtschaftlichen Maßnahmen

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten v. 28. 11. 1984 - IV B 4 - 1.05.02 -
- III B 3 - 2700-30919
- II B 6 - 2474.5

1 Vorbemerkung

Die große Bedeutung der Gewässer und ihrer Ufer für den Naturhaushalt, namentlich als Lebensstätten für bedrohte Tier- und Pflanzenarten, erfordert es, die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege in wasserrechtlichen Verfahren und bei der Durchführung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen zu beachten und ihnen im Rahmen der Abwägung des Einzelfalles besonderes Gewicht zu geben. Eine enge Zusammenarbeit der Wasserbehörden sowie der Träger wasserwirtschaftlicher Maßnahmen mit den Landschaftsbehörden und der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung Nordrhein-Westfalen (LÖLF) ist dafür unerlässlich. Der nachstehende Erlaß enthält verfahrensmäßige und inhaltliche Regelungen über die Zusammenarbeit der beteiligten Behörden und öffentlichen Stellen und die Beteiligung der anerkannten Naturschutzverbände.

Die Landschaftsbehörden haben bei der Anwendung dieses Erlasses nach Abstimmung mit den Fischereibehörden der jeweiligen Verwaltungsebenen deren Belange mit zu vertreten, soweit sie auf Fragen der Wassergüte, auf die Erhaltung und den Schutz des Gewässers mit einem artenreichen und gesunden Fischbestand gerichtet sind.

Wegen der internen Beteiligung der Beiräte durch die Landschaftsbehörde wird auf meinen RdErl. v. 5. 5. 1977 (SMBl. NW. 791) verwiesen. Soweit im folgenden die Beteiligung der zuständigen Landschaftsbehörde vorgeschrieben wird, ist in Bündelungsbehörden die für Naturschutz und Landschaftspflege zuständige Stelle einzuschalten.

2 Gewässerbenutzung

2.1 Soweit durch die Benutzung eines Gewässers nach § 3 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege berührt werden können, hat die nach § 30 des Landeswassergesetzes - LWG - vom 4. Juli 1979 (GV. NW. S. 488), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. November 1984 (GV. NW. S. 663), - SGV. NW. 77 - zuständige Wasserbehörde rechtzeitig vor Erteilung einer Bewilligung oder Erlaubnis die zuständige Landschaftsbehörde zu beteiligen.

2.2 Kann eine Maßnahme nach § 3 WHG die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich oder nachhaltig beeinträchtigen, so handelt es sich um einen Eingriff gemäß § 4 Abs. 1 des Landschaftsgesetzes - LG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 1980 (GV. NW. S. 734), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. November 1984 (GV. NW. S. 663) - SGV. NW. 791 -.

Dies bedeutet, daß die für die Erlaubnis oder Bewilligung zuständigen Wasserbehörden im Benehmen mit den Landschaftsbehörden neben den Vorschriften der Wassergesetze die §§ 4 und 5 LG anzuwenden haben (§ 6 Abs. 1 LG.). So sind Ersatzmaßnahmen nach § 5 LG immer dann anzuordnen, wenn die Folgen des Eingriffes nicht ausgeglichen werden können, der Eingriff aber unter Berücksichtigung der Vorschriften in § 6 WHG und § 4 Abs. 5 und 6 LG

gleichwohl erlaubt oder bewilligt wird. Soweit das Ausmaß der Beeinträchtigung des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes bei der Entscheidung noch nicht zu übersehen ist, ist in die Erlaubnis oder Bewilligung ein Vorbehalt aufzunehmen, der eine spätere Festsetzung von Ersatzmaßnahmen zuläßt.

Sofern ein besonders geschützter Teil von Natur und Landschaft nach §§ 19 ff. LG durch eine Gewässerbenutzung betroffen wird, sind bei der Abwägung insbesondere auch die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege zu berücksichtigen. Die Notwendigkeit einer Befreiung nach § 69 LG wird hierdurch nicht berührt.

2.3 Bei Bewilligungen oder Erlaubnissen für Benutzungen im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 6 WHG (Entnehmen, Zutagefördern, Zutageleiten und Ableiten von Grundwasser) sowie für Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Anlage oder Erweiterung von Fischteichen stehen, ist stets die zuständige Landschaftsbehörde zu beteiligen.

2.4 2.3 gilt auch für Erlaubnisverfahren, die das Einleiten oder Einbringen von Stoffen in oberirdische Gewässer betreffen, die aufgrund ihrer Funktion im Naturhaushalt besonders schutzwürdig und als solche bei den Regierungspräsidenten bzw. bei der LÖLF erfaßt sind. Ist ein Naturschutzgebiet betroffen, so können, sofern eine Versagung nicht möglich ist, in der Erlaubnis zur Abwasserreinigung nach Maßgabe des § 6 WHG erhöhte Anforderungen an die Abwasserreinigung gestellt werden.

3 Gemeingebrauch

Bei der Zulassung des Gemeingebrauchs nach § 33 Abs. 2 und 3 LWG sind insbesondere auch die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen. In Naturschutzgebieten hat der Schutzzweck Vorrang gegenüber dem Gemeingebrauch, es sei denn, die Schutzverordnung läßt andere Regelungen offen. Die zuständige Landschaftsbehörde ist in beiden vorgenannten Fällen zu beteiligen.

4 Genehmigung von Anlagen

Bei der Genehmigung von Anlagen im Sinne des § 99 LWG, § 105 Abs. 3 sowie § 113 LWG finden Nrn. 2.1 und 2.2 entsprechende Anwendung.

5 Wasserschutzgebiete

Wasserschutzgebiete, in denen in der Regel schon aus Gründen des Schutzes der öffentlichen Wasserversorgung Nutzungsbeschränkungen angeordnet werden, sind daraufhin zu überprüfen, ob sie gleichzeitig als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden können. Die obere Wasserbehörde teilt der höheren Landschaftsbehörde die bestehenden und die zur Ausweisung vorgesehenen Wasserschutzgebiete mit. Zur Beurteilung der Schutzwürdigkeit in naturschutzrechtlicher Hinsicht holt die höhere Landschaftsbehörde in geeigneten Fällen eine gutachtliche Stellungnahme der LÖLF ein.

6 Ausbau von Gewässern

6.1 Der Ausbau von Gewässern gilt nach § 4 Abs. 2 Nr. 5 LG als Eingriff in Natur und Landschaft. Einer näheren Prüfung, ob die Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 LG vorliegen, bedarf es nicht.

6.2 Der Träger der Ausbaumaßnahme hat die zum Ausgleich und Ersatz des Eingriffes erforderlichen Maßnahmen im Ausbauplan oder in einem landschaftspflegerischen Begleitplan darzustellen. Die landschaftspflegerischen Untersuchungen zum Ausbauplan bzw. landschaftspflegerischen Begleitplan haben den gesamten ökologischen Einflusbereich der Ausbaumaßnahme abzudecken. Der Plan muß mindestens enthalten:

- Umfassende Aufnahme und Bewertung der ökologischen und landschaftlichen Gegebenheiten unter besonderer Hervorhebung der wertvollen Biotope,

- Darstellung von Art, Umfang und zeitlichem Ablauf des Eingriffes,
- Art, Umfang und zeitlichen Ablauf der Maßnahmen zur Verminderung, zum Ausgleich und zum Ersatz der Eingriffsfolgen.

Die zur Durchführung dieser Maßnahmen erforderlichen Anordnungen müssen im Ausbauplan oder im landschaftspflegerischen Begleitplan so konkret wie möglich getroffen werden. Die für die Durchführung des Verfahrens zur Zulassung des Gewässerbaus (§ 31 Abs. 1 WHG) zuständige Behörde (§ 104 Abs. 1 LWG) hat darauf hinzuwirken, daß der Träger der Ausbaumaßnahme zur Standortfindung und zur Aufstellung des landschaftspflegerischen Begleitplans möglichst frühzeitig die höhere Landschaftsbehörde um Mitteilung der vorhandenen ökologischen Grunddaten bittet. Die höhere Landschaftsbehörde beteiligt dazu ggf. die LÖLF.

- 6.21 Für den Ausbau von Fließgewässern sieht die Richtlinie für naturnahen Ausbau und Unterhaltung (RdErl. v. 1. 10. 1980 - MBl. NW. S. 2738/SMBl. NW. 772 -) die Aufnahme der Maßnahmen nach Nr. 6.2 in den Ausbauplan vor und regelt im einzelnen Methode und Inhalt der Darstellung. Soweit sehr umfangreiche ökologische Untersuchungen erforderlich sind, kann ausnahmsweise auch die Form eines landschaftspflegerischen Begleitplanes gewählt werden.
- 6.22 Beim Bau größerer Stauanlagen (Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken) empfiehlt sich in der Regel die Aufstellung eines gesonderten landschaftspflegerischen Begleitplanes.
- 6.23 Für den Gewässerausbau im Zusammenhang mit der Gewinnung von Bodenschätzen (Abgrabung) gelten die technischen Richtlinien zum Abtragungsgesetz (RdErl. v. 1. 1. 1984 - SMBl. NW. 750 -).
- 6.3 Die am Planfeststellungsverfahren zu beteiligende Landschaftsbehörde hat bei Gewässerausbaumaßnahmen, die Natur und Landschaft in besonderem Maße beeinträchtigen können, die LÖLF einzuschalten. Die LÖLF gibt eine gutachterliche Stellungnahme ab, der eine vertiefte Analyse des Naturhaushalts und ggf. eine ökologische Bewertung des Fließgewässers zugrunde zu legen ist.
- 6.4 Gemäß § 29 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) hat die zuständige Wasserbehörde über das Vorhaben, das Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens ist, den anerkannten Naturschutzverbänden Gelegenheit zur Äußerung sowie zur Einsicht in die einschlägigen Sachverständigengutachten zu geben. Anerkannt sind in Nordrhein-Westfalen:
- Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU)
 - Deutscher Bund für Vogelschutz, Landesverband NW (DBV)
 - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband NW (BUND).
- Die zur Beurteilung des Vorhabens notwendigen Unterlagen sind jedem der drei Verbände über das gemeinsame Landesbüro (Ägidiusstraße 94, 4300 Essen 1) zuzuleiten.
- Die Unterrichtung ist so früh wie möglich vorzunehmen.
- 6.5 Gemäß meinem RdErl. v. 2. 12. 1983 (n. v.) - I A 1 - 1.17.00 - ist die Beteiligungspflicht nach § 29 BNatSchG auch auf den Fall der Plangenehmigung nach § 31 Abs. 1 Satz 2 WHG ausgedehnt worden. Nr. 6.4 findet hierauf entsprechende Anwendung.
- 6.6 Auch für die Planfeststellungsbehörde gilt § 6 Abs. 1 LG. Sie kann die Planfeststellung mit Nebenbestimmungen versehen, wenn dies zur Verwirklichung der Ausgleichs- und Ersatzverpflichtungen ausreicht. Ist der landschaftspflegerische Begleitplan oder der Ausbauplan selbst in der Darstellung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unzulänglich, so ist der Maßnahmeträger zur Überarbeitung aufzufordern. Gegebenenfalls ist die Planfeststellung abzulehnen.

6.61 Wenn sich herausstellt, daß der mit einem Ausbau verbundene Eingriff nicht ausgleichbar ist, d. h. nachteilige Folgen für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild nicht an Ort und Stelle oder im funktionellen Zusammenhang mit dem Eingriff behoben werden können, ist auch im Planfeststellungsverfahren zu prüfen, ob der Eingriff nach § 4 Abs. 5 LG zu untersagen ist.

7 Gewässerunterhaltung

- 7.1 Die Abgrenzung zwischen Maßnahmen der Gewässerunterhaltung und des Gewässerausbaus kann im Einzelfall schwierig sein. Im Zweifel sind Wasserbaumaßnahmen nicht einfach als Gewässerunterhaltung nach § 28 und 29 WHG zu behandeln.
- 7.2 Auch Unterhaltungsmaßnahmen können im einzelnen Fall Eingriffe im Sinne von § 4 Abs. 1 LG sein. Voraussetzung dafür ist, daß sie die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich oder nachhaltig beeinträchtigen können.
- 7.3 Inhaltlich ist bei der Beurteilung und der Durchführung der Unterhaltungsmaßnahmen an Fließgewässern die Richtlinie für naturnahen Ausbau und Unterhaltung (RdErl. v. 1. 10. 1980 - MBl. NW. S. 2738/SMBl. NW. 772 -) zu beachten.
- 7.4 Die Realisierung der Verursacherpflichten richtet sich bei Eingriffen im Rahmen der Gewässerunterhaltung nach § 6 Abs. 3 LG. Der Unterhaltungsträger entscheidet selbst über die von ihm durchzuführenden Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen oder auch über die ggf. notwendige Unterlassung der Unterhaltungsmaßnahme. Er hat hierzu das Benehmen mit der zuständigen Landschaftsbehörde herzustellen.
- 7.5 Bei Zweifeln, ob bei Unterhaltungsmaßnahmen ein Eingriff im Sinne von § 4 Abs. 1 LG vorliegt, empfiehlt es sich, die beabsichtigten Unterhaltungsarbeiten vor Beginn mit der Landschaftsbehörde abzustimmen.
- 7.6 Für die Abstimmung der Unterhaltungsmaßnahmen im Sinne von Nr. 7.5 mit der zuständigen Landschaftsbehörde wird folgendes Verfahren empfohlen:
- 7.61 Der Träger der Unterhaltung eines Gewässers zweiter Ordnung legt bis spätestens 1. März eines jeden Jahres der unteren Wasserbehörde einen Unterhaltungsplan (Karte und tabellarische Zusammenstellung) über die vorgesehenen Unterhaltungsarbeiten vor. Im Unterhaltungsplan ist vor allem auf Art und Umfang der Arbeiten einzugehen, insbesondere bei:
- Erdarbeiten,
 - Gehölzpflege,
 - Beseitigung und Neuanpflanzung von Gehölzen,
 - Einsatz von toten Baustoffen,
 - Krautung,
 - Schneiden von Röhrichbeständen.
- Vorgesehene Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind anzugeben.
- 7.611 Die untere Wasserbehörde überprüft den Unterhaltungsplan daraufhin, ob die vorgesehenen Maßnahmen zur Erhaltung eines ordnungsgemäßen Zustandes des Gewässers im Sinne von § 28 WHG erforderlich sind. Bei ausgebauten Gewässern ist insbesondere zu prüfen, ob bei Abwägung aller Anforderungen an das Gewässer ganz oder teilweise auf die Erhaltung des Ausbauzustandes im Interesse von Natur und Landschaft verzichtet werden kann und sich bestimmte Maßnahmen bereits deshalb erübrigen (vgl. § 90 Abs. 1 Satz 2 LWG).
- 7.612 Die untere Wasserbehörde setzt sich mit der unteren Landschaftsbehörde ins Benehmen und teilt innerhalb von 6 Wochen seit Vorlage des Unterhaltungsplans dem Träger der Unterhaltung mit, ob und ggf. gegen welche Unterhaltungsmaßnahmen Bedenken bestehen. Unterbleibt eine Mitteilung innerhalb der genannten Frist, so gilt dies als Zustimmung zu dem vorgelegten Unterhaltungsplan.

T.

- 7.613 Soweit der Träger der Unterhaltung den mitgeteilten Bedenken nicht Rechnung tragen will, hat er dies unverzüglich der unteren Wasserbehörde mitzuteilen. Läßt sich, ggf. nach einem gemeinsamen Ortstermin, eine Einigung nicht erzielen oder hat der Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde widersprochen, so ist die Entscheidung der oberen Wasserbehörde einzuholen.
- 7.62 Für die in der Unterhaltungspflicht des Landes liegenden Gewässer erster Ordnung legt der für die Durchführung der Unterhaltung zuständige Träger der Maßnahme den Unterhaltungsplan bis spätestens 1. März eines jeden Jahres der oberen Wasserbehörde vor, die nach Abstimmung mit der höheren Landschaftsbehörde bis spätestens 15. April desselben Jahres abschließend entscheidet.
- 7.63 Maßnahmen zur Gefahrenabwehr, die als Folge eines unvorhersehbaren Ereignisses unverzüglich vorgenommen werden müssen, sind der unteren bzw. der oberen Wasserbehörde anzuzeigen. Die notwendigen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind entsprechend den Nrn. 7.61 und 7.62 abzustimmen.

- MBL NW. 1985 S. 4.

7920

Rahmensatzung für die Jagdgenossenschaften nach dem Landesjagdgesetz (LJG - NW)

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 27. 11. 1984 - IV B 7 70-10-00.45

Der RdErl. v. 14. 12. 1979 (SMBl. NW. 7920) wird wie folgt geändert:

1. Dem § 14 der Rahmensatzung wird folgender Absatz angefügt:

(5) Beim Verlust der Eigenschaft als rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts ist das bewegliche und unbewegliche Vermögen der Jagdgenossenschaft

 - zu liquidieren und entsprechend § 10 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes auf die Mitglieder zu verteilen.
 - der Stadt/Gemeinde zweckgebunden für Maßnahmen der Jagdpflege und des Biotopschutzes zu übertragen.
 - der Stiftung Wildtier- und Biotopschutz Nordrhein-Westfalen e. V. zur Verwendung für satzungsgemäße Zwecke zu übertragen.
2. Der Abs. 2 des § 16 der Rahmensatzung erhält folgende Fassung:

(2) Sonstige Bekanntmachungen der Jagdgenossenschaft, insbesondere der Einladung zur Genossenschaftsversammlung, des jährlichen Haushaltsplanes, der Beschlüsse über die Festsetzung von Umlagen und der Beschlüsse über die Verwendung des Reinertrages der Jagdnutzung nach § 10 Abs. 3 des Bundesjagdgesetzes

 - sind entsprechend Abs. 1 Satz 2 zu veröffentlichen.
 - sind den Mitgliedern der Jagdgenossenschaft oder deren Zustellungsbevollmächtigten schriftlich mitzuteilen.

- MBL NW. 1985 S. 6.

7920

Vordrucke für die Wildbewirtschaftung

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 27. 11. 1984 - IV B 7 71-20-00.07

Die dem RdErl. v. 22. 11. 1982 (SMBl. NW. 7920) anliegenden Muster werden wie folgt berichtigt, geändert und ergänzt:

1. Im Muster für den „Abschußplan Muffelwild“ ist auf der Innenseite unter „Vorgeschlagener Abschuß“ die senkrechte Spalte „Fehlerhafte Widder“ nicht dunkel, sondern weiß mit durchgezogenen waagerechten Zeilen zu drucken;
2. im Muster für den „Abschußplan Rehwild“ ist auf der Vorderseite im Absatz „Wildbestand am 1. April“, letzte Zeile, der Satzteil „- letztere ist jedoch nur zur Hälfte anzurechnen -“ zu streichen;
3. im Muster „Jährliche Streckenmeldung, Abschußmeldung für Rotwild“ sind auf der Vorderseite unter der letzten Zeile nach einem Absatz folgende Sätze anzufügen:

In der Spalte „Jagdstrecke“ ist (aus statistischen Gründen) der Abschuß zuzüglich des Fallwildes, letzteres einschließlich der Verkehrsverluste, anzugeben. In der Spalte „davon Fallwild“ ist das in der Jagdstrecke enthaltene Fallwild einschließlich der Verkehrsverluste auszuweisen. In der Spalte „davon Verkehrsverluste“ sind diese als Teil des Fallwildes gesondert anzugeben.

- MBL NW. 1985 S. 6.

930

Durchführung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 28. 11. 1984 - V/B 3 - 63-00/VI/A 3/VI/B 6 - 15-18 (33) - 44/84

Mein RdErl. v. 24. 3. 1972 (SMBl. NW. 930) wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 2.3 wird

- 1.1 Abs. 1 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Die Genehmigung einer Kreuzungsvereinbarung soll von dem Beteiligten beantragt werden, dem die Bauausführung ganz oder überwiegend obliegt. Es empfiehlt sich, eine entsprechende Regelung in der Vereinbarung zu treffen.

Grundsätzlich sind mir die Anträge über den Landschaftsverband (örtlich zuständiges Straßenbauamt) vorzulegen, der zu dem Bauvorhaben aus fachtechnischer - nicht eisenbahntechnischer - Sicht Stellung nimmt. Wird die Genehmigung von einem Landschaftsverband, der DB oder einer nichtbundeseigenen Eisenbahn eingeholt und hat die Vereinbarung nicht den Ersatz eines Bahnübergangs durch den Bau einer Eisenbahnüberführung zum Gegenstand, so ist der Antrag **unmittelbar an mich** zu richten. Neben den **Vereinbarungsoriginalen**, die den Kreuzungsbeteiligten mit dem Genehmigungsvermerk versehen zurückgegeben werden, sind stets **4 Nebenausfertigungen mit allen Anlagen** (Plänen, Erläuterungen, Kostenberechnungen) für die beteiligten Behörden beizufügen.

Beim Ersatz eines Bahnübergangs durch den Bau einer Eisenbahnüberführung sind mir nur die Vereinbarungsooriginalen sowie 2 Nebenausfertigungen unmittelbar vorzulegen; die beiden übrigen Nebenausfertigungen sind über das örtliche Straßenbauamt dem Landschaftsverband zur fachtechnischen Stellungnahme zuzuleiten. Abdruck des Anschreibens an das Straßenbauamt ist zur Vorabinformation unmittelbar an die Zentralverwaltung des Landschaftsverbandes zu senden.

- 1.2 der letzte Absatz gestrichen.

- 2 Die Nummern 2.9-2.11 erhalten folgende Fassung:

- 2.9 Zu Nr. 10

Nach § 17 ist die Gewährung von Zuwendungen an die Beteiligten - bei Kreuzungen mit DB-Strecken aus Bundesmitteln, sonst aus Landesmitteln - für alle Maßnahmen zulässig, die in den §§ 2 und 3 aufgeführt sind.

Zur Entscheidung sind zu richten

a) bei Kreuzungen mit DB-Strecken

Anträge der Gemeinden und Kreise als Straßenbaulastträger mit Stellungnahmen der Kommunalaufsicht

- bei einer Kostenmasse bis 200 000 DM an den Landschaftsverband,
- bei einer Kostenmasse über 200 000 DM über mich an den BMV,

b) bei Kreuzungen mit Schienenwegen, die nicht zum Netz der DB gehören,

Anträge an Gemeinden und Kreise als Schienen- oder/und Straßenbaulastträger unter Beachtung der Nr. 2.6 VVG (SMBL. NW. 631) sowie

Anträge der nichtbundeseigenen Eisenbahnen

- unabhängig von der Höhe der Kostenmasse an mich.

Bei Maßnahmen an Bahnübergängen können die Gemeinden und Kreise als Baulastträger der kreuzenden Straßen Zuwendungen nach Maßgabe der VV-GVFG (SMBL. NW. 910) zu ihren Kostenanteilen erhalten, wenn diese im Einzelfall 200 000 DM übersteigen; das gilt in Ausnahmefällen auch für die nichtbundeseigenen Eisenbahnen.

2.10 Zu Nr. 11

Zuwendungen werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in einem Vorhundertersatz des Anteils des Antragstellers festgelegt. Die Entscheidung über einen Zuwendungsantrag ist nur im Zusammenhang mit oder nach Genehmigung der Kreuzungsvereinbarung möglich. Zuwendungsanträge können zusammen mit Anträgen auf Genehmigung von Kreuzungsvereinbarungen vorgelegt werden.

2.11 Zu Nr. 12

Die Auszahlung der Kostenanteile des Bundes und des Landes nach § 13 Abs. 1 sowie der Bundeszuwendungen nach § 17 erfolgt anteilig entsprechend dem Baufortschritt. Für die Auszahlung der Landeszuwendungen und die Nachweise deren Verwendung gelten die Vorl. VV zu § 44 LHO (SMBL. NW. 631) für den außergemeindlichen Bereich bzw. die VVG für den gemeindlichen Bereich.

Zuständig für die Auszahlung der Kostenanteile nach § 13 Abs. 1 sowie der Bundeszuwendungen nach § 17 ist der Landschaftsverband, der auch deren bestimmungsmäßige Verwendung überwacht. Die Auszahlung der Landeszuwendungen wird von mir veranlaßt, ich überwache deren Verwendung.

Für eine Zuwendung nach § 17 ist stets ein besonderer Verwendungsnachweis zu führen.

3 In Nummer 3.2 wird hinter der Fundstelle „BGBI. I S. 711)“ eingefügt:

„, geändert durch Verordnung vom 11. Februar 1983 (BGBI. I S. 85),“

- MBl. NW. 1985 S. 6.

II.

Ministerpräsident

**Honorarkonsulat der Republik Ecuador,
Frankfurt/Main**

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 6. 12. 1984 - I B 5 - 412 - 1/84

Die Bundesregierung hat der Errichtung eines Honorarkonsulats der Republik Ecuador in Frankfurt/Main zugestimmt und Herrn Wilhelm Knopp am 4. Dezember 1984 das Exequatur als Leiter dieser Vertretung im Range eines Honorarkonsuls erteilt. Der Konsularbezirk umfaßt die Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Das der bisherigen Honorarkonsulin, Frau Ibeth Bierman, am 10. Februar 1981 erteilte Exequatur ist erloschen.

- MBl. NW. 1985 S. 7.

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Aufstellung
über die vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
seit dem 1. 11. 1984 registrierten Tarifvereinbarungen nach dem Stand vom 30. 11. 1984

Mitt. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 4. 12. 1984 - LS 7222

Lfd. Nr.:	Bezeichnung der Vereinbarung	Tar.- Reg.-Nr.: in Kraft gesetzt
<u>Gewerbegruppe I (Landwirtschaft)</u>		
57395	<u>Gehaltstarifvertrag</u> und Änderung MTV - Angestellte des Gartenbaus NRW vom 4.7.1984 - kündbar zum 31.3.1985 (abgeschlossen mit GGLF)	00296 22 84 01.04.1984
<u>Gewerbegruppe III (Bergbau)</u>		
57396	<u>Tarifvertrag</u> zur Änderung des MTV (Urlaubsgeld) des Kali- und Steinsalzbergbaus NRW vom 25.9.1984 - kündbar zum 31.12.1986 (abgeschlossen mit IGBE/DAG)	00273 07 84 01.01.1985
57397	<u>Lohntarifvertrag</u> des Kali- und Steinsalzbergbaus NRW vom 24.9.1984 - kündbar zum 30.9.1985 (abgeschlossen mit IGBE)	00273 21 84 01.10.1984
57398	<u>Gehaltstarifvertrag</u> des Kali- und Steinsalzbergbaus NRW vom 24.9.1984 - kündbar zum 30.9.1985 (abgeschlossen mit IGBE/DAG)	00273 22 84 01.10.1984
57399	<u>Ausb.-Vergütungstarifvertrag</u> des Kali- und Steinsalzbergbaus NRW - kündbar zum 30.9.1985 (abgeschlossen mit IGBE/DAG)	00273 23 84 01.10.1984
57400	<u>Tarifvertrag</u> - Änderung MTV der Dahlbusch Verwaltung AG vom 25.10.1984 (abgeschlossen mit IGBE)	10126 07 84 1984
57401	<u>Tarifvertrag</u> zur Änderung des MTV vom 15.6.1973 der Dahlbusch Verwaltungs AG, Gelsenkirchen vom 25.10.1984 (abgeschlossen mit IGBE)	10126 07 85
57402	<u>Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag</u> der Dahlbusch Verwaltungs AG, Gelsenkirchen vom 25.10.1984 (abgeschlossen mit IGBE)	10126 20 84 01.09.1984

Gewerbegruppe IV (Steine und Erden)

- 57403 Tarifvertrag zur Änderung des MTV der Erdöl- und Erd- 00279 07 84
gasgewinnung BRD vom 31.8.1984
(abgeschlossen mit IGBE)
- 57404 Tarifvertrag zur Änderung des MTV der Erdöl- und Erd- 00279 07 84.001
gasgewinnung BRD vom 31.8.1984
(abgeschlossen mit DAG)
- 57405 Tarifvertrag zur Änderung des MTV der Erdöl- und Erd- 00279 07 84.002
gasgewinnung BRD vom 31.8.1984
(abgeschlossen mit DHV)
- 57406 Lohntarifvertrag der Erdöl- und Erdgasgewinnung vom 00279 21 84
31.8.1984 - kündbar zum 30.9.1985 01.10.1984
(abgeschlossen mit IGBE)
- 57407 Gehaltstarifvertrag der Erdöl- und Erdgasgewinnung 00279 22 84
vom 31.8.1984 - kündbar zum 30.9.1985 01.10.1984
(abgeschlossen mit IGBE)
- 57408 Gehaltstarifvertrag der Erdöl- und Erdgasgewinnung 00279 22 84.001
vom 31.8.1984 - kündbar zum 30.9.1985 01.10.1984
(abgeschlossen mit DAG)
- 57409 Gehaltstarifvertrag der Erdöl- und Erdgasgewinnung 00279 22 84.002
vom 31.8.1984 - kündbar zum 30.9.1985 01.10.1984
(abgeschlossen mit DHV)
- 57410 Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Erdöl- und Erdgasge- 00279 23 84
winnung vom 31.8.1984 - kündbar zum 30.9.1985 01.10.1984
(abgeschlossen mit IGBE)
- 57411 Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Erdöl- und Erdgasge- 00279 23 84.001
winnung vom 31.8.1984 - kündbar zum 30.9.1985 01.10.1984
(abgeschlossen mit DAG)
- 57412 Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Erdöl- und Erdgasge- 00279 23 84.002
winnung vom 31.8.1984 - kündbar zum 30.9.1985 01.10.1984
(abgeschlossen mit DHV)
- 57413 Tarifvertrag - Vorruhestand incl. Protokollnotiz der 00279 90 84
Erdöl- und Erdgasgewinnung vom 31.8.1984 - kündbar 01.10.1984
zum 31.12.1988
(abgeschlossen mit IGBE)
- 57414 Tarifvertrag - Vorruhestand incl. Protokollnotiz der 00279 90 84.001
Erdöl- und Erdgasgewinnung vom 31.8.1984 - kündbar 01.10.1984
zum 31.12.1988
(abgeschlossen mit DAG)
- 57415 Tarifvertrag - Vorruhestand incl. Protokollnotiz der 00279 90 84.002
Erdöl- und Erdgasgewinnung vom 31.8.1984 - kündbar 01.10.1984
zum 31.12.1988
(abgeschlossen mit DHV)
- 57416 Lohntarifvertrag der Glasmanufaktur Oberhof, Gevels- 10004 21 85
berg vom 23.10.1984 - kündbar zum 31.12.1985 01.01.1985
(abgeschlossen mit CPK)

- 57417 Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Glas- 10006 20 84
und Spiegelmanufaktur AG u.a., 4650 Gelsenkirchen vom 01.10.1984
16.10.1984 - kündbar zum 31.8.1985
(abgeschlossen mit CPK)
- 57418 Tarifvertrag - Lohngruppeneinteilung der Flachglas 10177 11 84
AG, Werk Gladbeck vom 8.8.1984 01.09.1984
(abgeschlossen mit CPK)
- 57419 Lohntarifvertrag der Svenska-Silika GmbH, 4000 10277 21 84
Düsseldorf vom 20.7.1984 - kündbar zum 31.5.1985 01.06.1984
(abgeschlossen mit CPK)
- 57420 Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Ve- 10304 20 84
stischen Glashütte GmbH, Recklinghausen vom 01.10.1984
30.10.1984 - kündbar zum 30.9.1985
(abgeschlossen mit CPK)

Gewerbegruppe V - X (Eisen-, Metall- und Elektroindustrie)

- 57421 Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der 00026 20 84
Feinstblechpackungsindustrie NRW u.a. Länder vom 01.03.1984/
26.7.1984 - kündbar zum 31.5.1986 01.04.1985
(abgeschlossen mit IGM)
- 57422 Tarifvertrag - Vorruhestand der Feinstblechpackungs- 00026 90 84
industrie NRW u.a. Länder vom 26.7.1984 - kündbar 01.10.1984
zum 31.12.1988
(abgeschlossen mit IGM)
- 57423 Tarifvertrag zur Änderung des MTV der Vedder & Co. 10301 07 85
GmbH, 5750 Menden vom 25.7.1984 - kündbar zum 01.04.1985
30.9.1986
(abgeschlossen mit CPK)
- 57424 Lohntarifvertrag der Vedder & Co. GmbH, 5750 Menden 10301 21 84
vom 25.7.1984 - kündbar zum 31.3.1986 01.02.1984
(abgeschlossen mit CPK)
- 57425 Gehaltstarifvertrag der Vedder & Co. GmbH, 5750 Men- 10301 22 84
den vom 25.7.1984 - kündbar zum 31.3.1986 01.02.1984
(abgeschlossen mit CPK)
- 57426 Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Vedder & Co. GmbH, 10301 23 84
5750 Menden vom 25.7.1984 - kündbar zum 31.3.1986 01.02.1984
(abgeschlossen mit CPK)
- 57427 Tarifvertrag - 13. Monatseinkommen der Vedder & Co. 10301 50 85
GmbH, 5750 Menden vom 25.7.1984 01.04.1985
(abgeschlossen mit CPK)
- 57428 Tarifvertrag - Vorruhestand der Vedder & Co. GmbH, 10301 90 84
vom 25.7.1984 01.04.1985
(abgeschlossen mit CPK)

Gewerbegruppe XI (Chemische Industrie)

57429	<u>Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Esso Chemie GmbH, 5000 Köln vom 25.10.1984 - kündbar zum 31.10.1985</u> (abgeschlossen mit CPK)	10016 20 84 01.11.1984
57430	<u>Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Esso AG vom 3.10.1984 - kündbar zum 30.9.1985</u> (abgeschlossen mit CPK)	10034 20 84 01.10.1984
57431	<u>Tarifvertrag zur Änderung des MTV vom 1.4.1979 der Dekor Kunststoffe GmbH, Bad Berleburg vom 9.8.1984 - kündbar zum 31.5.1987</u> (abgeschlossen mit CPK)	10129 07 84 01.06.1984
57432	<u>Lohntarifvertrag der Dekor Kunststoffe GmbH, Bad Berleburg vom 9.8.1984 - kündbar zum 31.5.1985</u> (abgeschlossen mit CPK)	10129 21 84 01.06.1984
57433	<u>Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Dostro Kunststoffwerk GmbH, Lienen vom 26.7.1984 - kündbar zum 31.7.1985</u> (abgeschlossen mit CPK)	10160 20 84 10160 20 84
57434	<u>Tarifvertrag zur Änderung des MTV vom 1.7.1979 der Robert Linnemann GmbH, Sassenberg vom 28.8.1984 - kündbar zum 31.12.1987</u> (abgeschlossen mit CPK)	10224 07 84 01.01.1984
57435	<u>Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Robert Linnemann GmbH, Sassenberg vom 28.8.1984 - kündbar zum 31.7.1985</u> (abgeschlossen mit CPK)	10224 20 84 01.08.1984
57436	<u>Tarifvertrag - Urlaubsdauer der Fa. Bergho, 4600 Dortmund 1 vom 14.2.1984 - kündbar zum 31.12.1987</u> (abgeschlossen mit CPK)	10339 30 84

Gewerbegruppe XIII (Papierindustrie)

57437	<u>Tarifvertrag - Änderung des MTV der Papierindustrie BRD vom 2.10.1984 - kündbar zum 30.6.1988</u> (abgeschlossen mit CPK)	00210 07 85 01.01.1985
57438	<u>Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag incl. Protokollnotiz der Papierindustrie NR vom 16.10.1984 - kündbar zum 31.8.1985</u> (abgeschlossen mit CPK)	00210 20 84 01.09.1984
57439	<u>Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag incl. Protokollnotiz der Papierindustrie NR vom 16.10.1984 - kündbar zum 31.8.1985</u> (abgeschlossen mit DAG)	00210 20 84.001 01.09.1984
57440	<u>Tarifvertrag - Vorruhestand der Papierindustrie BRD vom 2.10.1984</u> (abgeschlossen mit CPK)	00210 90 84 01.11.1984

57441	<u>Schlichtungsvereinbarung der Papierindustrie BRD vom 2.10.1984 - kündbar zum 31.12.1985</u> (abgeschlossen mit CPK)	00210 91 84 01.01.1985
57442	<u>Lohn-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Papierindustrie Westf./Lippe vom 16.10.1984 - kündbar zum 31.8.1985</u> (abgeschlossen mit CPK)	00211 25 84 01.09.1984
57443	<u>Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag incl. Protokollnotiz der Papierindustrie Westf./Lippe vom 16.10.1984 - kündbar zum 31.8.1985</u> (abgeschlossen mit CPK)	00211 26 84 01.09.1984
57444	<u>Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag incl. Protokollnotiz der Papierindustrie Westf./Lippe vom 16.10.1984 - kündbar zum 31.8.1985</u> (abgeschlossen mit DAG)	00211 26 84.001 01.09.1984
57445	<u>Lohntarifvertrag der FS-Karton GmbH, 4040 Neuss vom 31.10.1984 - kündbar zum 31.8.1985</u> (abgeschlossen mit CPK)	10184 21 84 01.09.1984

Gewerbegruppe XIV (Vervielfältigungsgewerbe)

57446	<u>Gehaltstarifvertrag der Tageszeitungen BRD vom 11.7.1984 - kündbar zum 30.4.1985</u> (abgeschlossen mit DruPa/DAG/DJV)	00148 24 84 01.05.1984
57447	<u>Tarifvertrag - freie Journalisten der Tageszeitungen BRD vom 11.7.1984 - kündbar zum 30.4.1985</u> (abgeschlossen mit DruPa/DAG/DJV)	00148 27 84 01.08.1984

Gewerbegruppe XIX (Nahrungs- und Genußmittelindustrie)

57448	<u>Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Zuckerindustrie BRD vom 12.7.1984 - kündbar zum 28.2.1985</u> (abgeschlossen mit DAG)	00166 26 84.001 01.03.1984/ 01.05.1984
57449	<u>Tarifvertrag - Vorruhestand der Zuckerindustrie BRD vom 12.7.1984</u> (abgeschlossen mit DAG)	00166 90 84.001 01.07.1984
57450	<u>Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Brauereien NRW vom 6.9.1984</u> (abgeschlossen mit DHV/VDT)	00193 20 84.002 01.09.1984

Gewerbegruppe XX (Bekleidungsindustrie)

57451	<u>Tarifvertrag - Arbeitszeit der Bekleidungsindustrie Berg. Land vom 3.10.1984 - kündbar zum 30.9.1989</u> (abgeschlossen mit GTB)	00053 07 84 01.10.1984/ 01.08.1985/ 01.06.1986
-------	--	---

- 57452 Lohntarifvertrag der Bekleidungsindustrie Berg. Land 00053 21 84
vom 3.10.1984 - kündbar zum 30.9.1985 01.10.1984
(abgeschlossen mit GTB)
- 57453 Gehaltstarifvertrag der Bekleidungsindustrie Berg. 00053 22 84
Land vom 3.10.1984 - kündbar zum 30.9.1985 01.10.1984
(abgeschlossen mit GTB)
- 57454 Ausb.-Vergütungstarifvertrag der Bekleidungsindustrie 00053 23 84
Berg. Land vom 3.10.1984 - kündbar zum 30.9.1985 01.10.1984
(abgeschlossen mit GTB)

Gewerbegruppe XXI (Baugewerbe)

- 57455 Tarifvertrag zur Änderung des RTV-Leistungslohn vom 00101 11 85
30.4.1971 des Baugewerbes BRD vom 12.11.1984 01.01.1985
(abgeschlossen mit BSE)
- 57456 Tarifvertrag zur Änderung des RTV vom 13.12.1979 des 00109 07 84
Dachdeckerhandwerks BRD vom 15.8.1984
(abgeschlossen mit BSE)
- 57457 Tarifvertrag zur Änderung des TV - Grundbeihilfe vom 00110 77 85
13.1.1984 des Gerüstbaugewerbes BRD vom 4.10.1984 01.01.1985
(abgeschlossen mit BSE)
- 57458 Tarifvertrag zur Änderung des TV-Verfahren Urlaub, 00110 92 85
Lohnausgleich, Berufsbildung, Zusatzversorgung des 01.01.1985
Gerüstbaugewerbes BRD vom 4.10.1984
(abgeschlossen mit BSE)
- 57459 Tarifvertrag zur Änderung des TV - Lohnausgleich des 00110 93 85
Gerüstbaugewerbes BRD vom 4.10.1984 01.01.1985
(abgeschlossen mit BSE)
- 57460 Protokollnotiz zu den Tarifverträgen des Parkettle- 00122 07 85
gerhandwerks BRD vom 23.10.1984 01.01.1985
(abgeschlossen mit GHK)
- 57461 Lohntarifvertrag des Parkettlegerhandwerks BRD vom 00122 21 85
23.10.1984 - kündbar zum 31.12.1985 01.01.1985
(abgeschlossen mit GHK)
- 57462 Ausb.-Vergütungstarifvertrag des Parkettlegerhand- 00122 23 85
werks BRD vom 23.10.1984 - kündbar zum 31.12.1985 01.01.1985
(abgeschlossen mit GHK)
- 57463 Tarifvertrag - Sonderzahlung des Parkettlegerhand- 00122 51 85
werks BRD vom 23.10.1984 - kündbar zum 31.12.1985 01.01.1985
(abgeschlossen mit GHK)
- 57464 Tarifvertrag - vermögenswirksame Leistungen des Par- 00122 61 85
kettlegerhandwerks BRD vom 23.10.1984 - kündbar zum 01.01.1985
31.12.1985
(abgeschlossen mit GHK)

Gewerbegruppe XXII (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke)

- 57465 2. Änderungstarifvertrag zum MTV vom 8.3.1982 mit 10049 07 84
 Protokollnotiz der Aktiengesellschaft für Versor- 01.05.1984
 gungs-Unternehmen, Gevelsberg vom 27.3.1984
 (abgeschlossen mit ÖTV)
- 57466 Ausb.-Vergütungstarifvertrag zum MTV vom 8.3.1982 mit 10049 23 84
 Protokollnotiz der Aktiengesellschaft für Versor- 01.09.1984
 gungs-Unternehmen, Gevelsberg vom 30.8.1984 - künd-
 bar zum 31.8.1985
 (abgeschlossen mit ÖTV)
- 57467 Lohn-/Gehaltstarifvertrag zum MTV vom 8.3.1982 mit 10049 24 84
 Protokollnotiz der Aktiengesellschaft für Versor- 01.09.1984
 gungs-Unternehmen, Gevelsberg vom 30.8.1984 - künd-
 bar zum 31.8.1985
 (abgeschlossen mit ÖTV)
- 57468 Tarifvertrag - Urlaubsgeld der Aktiengesellschaft für 10049 40 84
 Versorgungs-Unternehmen, Gevelsberg vom 30.8.1984 01.09.1984
 - kündbar zum 31.8.1985
 (abgeschlossen mit ÖTV)
- 57469 Lohn-/Gehaltstarifvertrag der Vereinigten Elektrizitäts- 10302 24 84
 werke Westfalen vom 30.8.1984 - kündbar zum 01.09.1984
 31.8.1985
 (abgeschlossen mit ÖTV)
- 57470 Lohn-/Gehaltstarifvertrag der Vereinigten Elektrizitäts- 10302 24 84.001
 werke Westfalen vom 30.8.1984 - kündbar zum 01.09.1984
 31.8.1985
 (abgeschlossen mit DAG)
- 57471 Tarifvertrag - Urlaubsgeld der Vereinigten Elektrizitäts- 10302 40 84
 werke Westfalen vom 30.8.1984 - kündbar zum 01.09.1984
 31.8.1985
 (abgeschlossen mit ÖTV)
- 57472 Tarifvertrag - Urlaubsgeld der Vereinigten Elektrizitäts- 10302 40 84.001
 werke Westfalen vom 30.8.1984 - kündbar zum 01.09.1984
 31.8.1985
 (abgeschlossen mit DAG)
- 57473 Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der PESAG 10326 20 84
 AG, 4790 Paderborn vom 5.7.1984 - kündbar zum 01.05.1984
 30.4.1985
 (abgeschlossen mit ÖTV/IGM/IGBE)

Gewerbegruppe XXIII (Reinigungsgewerbe)

- 57474 Lohntarifvertrag des Friseurhandwerks NRW vom 00005 21 84
 26.7.1984 - kündbar zum 31.7.1985 01.08.1984
 (abgeschlossen mit ÖTV)
- 57475 Ausb.-Vergütungstarifvertrag des Friseurhandwerks NRW 00005 23 84
 vom 26.7.1984 - kündbar zum 31.7.1985 01.08.1984
 (abgeschlossen mit ÖTV)

- 57476 Lohntarifvertrag des Schornsteinfegerhandwerks NRW 00218 21 85
vom 15.11.1984 - kündbar zum 31.12.1985 01.01.1985
(abgeschlossen mit Zentralverband Deutscher Schorn-
steinfegergesellen NRW)
- 57477 Tarifvertrag - Sonderzahlung 1984 des Schornsteinfe- 00218 51 84
gerhandwerks NRW vom 15.11.1984
(abgeschlossen mit Zentralverband Deutscher Schorn-
steinfegergesellen NRW)
- 57478 Tarifvertrag - Bildungsurlaub 1985 des Schornsteinfe- 00218 81 85
gerhandwerks NRW vom 15.11.1984
(abgeschlossen mit Zentralverband Deutscher Schorn-
steinfegergesellen NRW)

Gewerbegruppe XXV (Einzelhandel)

- 57479 Lohntarifvertrag des Brennstoffhandels NRW vom 00007 21 84
10.10.1984 - kündbar zum 30.11.1985 01.11.1984
(abgeschlossen mit HBV/ÖTV)
- 57480 Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag des Brennstoff- 00007 26 84
handels NRW vom 10.10.1984 - kündbar zum 30.11.1985 01.11.1984
(abgeschlossen mit HBV/ÖTV)

Gewerbegruppe XXVI (Handelshilfsgewerbe)

- 57481 Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag der 10030 20 84
Deutschen Gesellschaft für Landentwicklung GmbH vom 01.05.1984
30.4.1985
(abgeschlossen mit DAG)

Gewerbegruppe XXVII (Bank-, Börsen- und Versicherungswesen)

- 57482 Tarifvertrag zur Änderung von Anlage 2 TKT, § 30 TKT, 80450 00 02
Anlage 12 TKT, Anlage 13 TKT der Techniker Kranken- 01.04.1984/
kasse, 2000 Hamburg vom 28.6.1984 01.06.1984
(abgeschlossen mit HBV)
- 57483 Tarifvertrag zur Änderung von Anlage 2 TKT, § 30 TKT, 80450 00 02.001
Anlage 12 TKT, Anlage 13 TKT der Techniker Kranken- 01.04.1984/
kasse, 2000 Hamburg vom 28.6.1984 01.06.1984
(abgeschlossen mit DAG)
- 57484 Tarifvertrag - Ergänzung Anlage 4 zum TKT der Techni- 80450 00 03
ker Krankenkasse, 2000 Hamburg vom 6.4.1984 01.07.1983/
(abgeschlossen mit HBV) 06.04.1984
- 57485 Tarifvertrag - Ergänzung Anlage 4 zum TKT der Techni- 80450 00 03.001
ker Krankenkasse, 2000 Hamburg vom 6.4.1984 01.07.1983/
(abgeschlossen mit DAG) 06.04.1984
- 57486 Tarifvertrag - Änderung Anlage 7 TKT (Beihilfen) der 80450 00 04
Techniker Krankenkasse, 2000 Hamburg vom 25.6.1984 01.01.1984
(abgeschlossen mit HBV)

57487	<u>Tarifvertrag - Änderung Anlage 7 TKT (Beihilfen) der Techniker Krankenkasse, 2000 Hamburg vom 25.6.1984</u> (abgeschlossen mit DAG)	80450 00 04.001 01.01.1984
57488	<u>Tarifvertrag - vermögenswirksame Leistungen der Techniker Krankenkasse, 2000 Hamburg vom 16.10.1984</u> (abgeschlossen mit HBV)	80450 00 05 01.10.1984
57489	<u>Tarifvertrag - vermögenswirksame Leistungen der Techniker Krankenkasse, 2000 Hamburg vom 16.10.1984</u> (abgeschlossen mit DAG)	80450 00 05.001 01.10.1984
57490	<u>Tarifvertrag - Essensgeld der DAK vom 10.8.1984</u> - kündbar zum 31.12.1985 (abgeschlossen mit HBV)	80454 00 01 01.01.1984
57491	<u>Tarifvertrag - Essensgeld der DAK vom 10.8.1984</u> - kündbar zum 31.12.1985 (abgeschlossen mit DAG)	80454 00 01.001 01.01.1984
57492	<u>Tarifvertrag - Essensgeld der DAK vom 10.8.1984</u> - kündbar zum 31.12.1985 (abgeschlossen mit VwA)	80454 00 01.002 01.01.1984
57493	<u>Tarifvertrag - Essensgeld der DAK vom 10.8.1984</u> - kündbar zum 31.12.1985 (abgeschlossen mit DHV)	80454 00 01.003 01.01.1984

Gewerbegruppe XXVIII (Verkehrsgewerbe)

57494	<u>Gehaltstarifvertrag Nr. 20 der British Airways PLC vom 31.7.1984 - kündbar zum 31.3.1986</u> (abgeschlossen mit ÖTV)	10105 22 84 01.02.1984
57495	<u>Lohntarifvertrag der Luftfrachtumschlag GmbH, Stuttgart vom 30.7.1984 - kündbar zum 30.4.1986</u> (abgeschlossen mit ÖTV)	10127 21 84 01.03.1984
57496	<u>Vergütungstarifvertrag der Luftfrachtumschlag GmbH u.a., Stuttgart vom 30.7.1984 - kündbar zum 30.4.1986</u> (abgeschlossen mit ÖTV)	10127 24 84 01.03.1984
57497	<u>Gehaltstarifvertrag der Société internationale de Télécommunications Aéronautiques Société Cooperative vom 4.7.1984 - kündbar zum 31.3.1985</u> (abgeschlossen mit ÖTV)	10275 22 84 01.04.1984
57498	<u>Lohn-/Gehaltstarifvertrag der Scandinavian Airlines System SAS vom 4.7.1984 - kündbar zum 31.3.1985</u> (abgeschlossen mit ÖTV)	10383 24 84.001 01.04.1984
57499	<u>Manteltarifvertrag der Verkehrsbetriebe Minden-Ravensberg GmbH vom 2.10.1984 - kündbar zum 31.12.1986</u> (abgeschlossen mit ÖTV)	10386 00 85 01.01.1985

Gewerbegruppe XXIX (Hotel- und Gaststättengewerbe)

57500	<u>Manteltarifvertrag des Gaststätten- und Hotelgewerbes</u> NRW vom 27.9.1984 - kündbar zum 30.9.1987 (abgeschlossen mit NGG)	00019 00 84 01.10.1984
57501	<u>Manteltarifvertrag des Gaststätten- und Hotelgewerbes</u> NRW vom 27.9.1984 - kündbar zum 30.9.1987 (abgeschlossen mit DAG)	00019 00 84.001 01.10.1984
57502	<u>Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag des Gast- stätten- und Hotelgewerbes NRW vom 27.9.1984 - künd- bar zum 30.9.1985</u> (abgeschlossen mit NGG)	00019 20 84 01.10.1984
57503	<u>Lohn-/Gehalts-/Ausb.-Vergütungstarifvertrag des Gast- stätten- und Hotelgewerbes NRW vom 27.9.1984 - künd- bar zum 30.9.1985</u> (abgeschlossen mit DAG)	00019 20 84.001 01.10.1984
57504	<u>Tarifvertrag - vermögenswirksame Leistungen (Ver- längerung) des Gaststätten- und Hotelgewerbes NRW vom</u> 27.9.1984 - kündbar zum 30.6.1985 (abgeschlossen mit NGG)	00019 60 84 01.07.1984
57505	<u>Protokollnotiz zum TV vom 24.8.1984 der Hotel- und Gaststättenbetriebe Westfalenhalle GmbH, 4600 Dort- mund vom 24.8.1984</u> (abgeschlossen mit NGG)	10310 27 84

Gewerbegruppe XXX (Öffentlicher Dienst und private Dienstleistungen)

57506	<u>Änderungstarifvertrag Nr. 18 zum Anhang Z TV AL II</u> der Stationierungsstreitkräfte vom 29.6.1984 (abgeschlossen mit ÖTV)	80001 00 22 01.01.1983/ 06.03.1984
57507	<u>Änderungstarifvertrag Nr. 18 zum Anhang Z TV AL II</u> der Stationierungsstreitkräfte vom 29.6.1984 (abgeschlossen mit DAG)	80001 00 22.001 01.01.1983/ 06.03.1984
57508	<u>Änderungstarifvertrag Nr. 17 zum Anhang D TV AL II</u> der Stationierungsstreitkräfte vom 29.6.1984 (abgeschlossen mit ÖTV/IGM/NGG)	80001 00 23 01.03.1984
57509	<u>Änderungstarifvertrag Nr. 17 zum Anhang D TV AL II</u> der Stationierungsstreitkräfte vom 29.6.1984 (abgeschlossen mit DAG)	80001 00 23.001 01.03.1984
57510	<u>Änderungstarifvertrag Nr. 18 zum Anhang P TV AL II</u> der Stationierungsstreitkräfte vom 29.6.1984 (abgeschlossen mit ÖTV/IGM)	80001 00 24 01.01.1984/ 01.03.1984
57511	<u>Änderungstarifvertrag Nr. 18 zum Anhang P TV AL II</u> der Stationierungsstreitkräfte vom 29.6.1984 (abgeschlossen mit DAG)	80001 00 24.001 01.01.1984/ 01.03.1984
57512	<u>Änderungsvereinbarung Nr. 20 zum Anhang H TV AL II</u> der Bundesrepublik, Stationierungsstreitkräfte vom 27.6.1984 (abgeschlossen mit NGG/ÖTV)	80001 00 25 01.06.1984/ 01.01.1985

57513	<u>Änderungsvereinbarung Nr. 20 zum Anhang H TV AL II der Bundesrepublik, Stationierungstreitkräfte vom 27.6.1984</u> (abgeschlossen mit DAG)	80001 00 25.001 01.06.1984/ 01.01.1985
57514	<u>Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum TV - Zulagen Angestellte der Bundesrepublik vom 29.10.1984</u> (abgeschlossen mit GEW)	80007 00 02.005
57515	<u>Änderungstarifvertrag Nr. 2 zum TV - Zulagen Angestellte der Bundesrepublik vom 29.10.1984</u> (abgeschlossen mit GdP)	80007 00 02.006
57516	<u>Tarifvertrag zur Änderung Anlage 1a zum BAT der Bundesrepublik vom 26.10.1984</u> (abgeschlossen mit HBV)	80008 00 02.003
57517	<u>15. Änderungstarifvertrag zum Versorgungstarifvertrag der Bundesrepublik vom 26.10.1984</u> (abgeschlossen mit HBV)	80009 00 15.003
57518	<u>Ergänzungstarifvertrag Nr. 24 zum LTV - Kraftfahrer der Bundesanstalt für Arbeit vom 21.2.1984</u> (abgeschlossen mit ÖTV)	80032 00 24 31.03.1984
57519	<u>1. Änderungsvertrag des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 21.9.1984</u> (abgeschlossen mit ÖTV)	80220 00 10 01.10.1983
57520	<u>1. Änderungsvertrag des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 21.9.1984</u> (abgeschlossen mit DAG)	80220 00 10.001 01.10.1983
57521	<u>1. Änderungsvertrag des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 21.9.1984</u> (abgeschlossen mit GÖD im CGD)	80220 00 10.002 01.10.1983
57522	<u>1. Änderungsvertrag des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 21.9.1984</u> (abgeschlossen mit Marburger Bund)	80220 00 10.003 01.10.1983
57523	<u>1. Änderungsvertrag des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 21.9.1984</u> (abgeschlossen mit KOMBA)	80220 00 10.004 01.10.1983
57524	<u>3. Änderungsvertrag zur Anlage 1a/1e zum MT-An des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 21.9.1984</u> (abgeschlossen mit ÖTV)	80220 00 11 01.10.1983
57525	<u>3. Änderungsvertrag zur Anlage 1a/1e zum MT-An des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 21.9.1984</u> (abgeschlossen mit DAG)	80220 00 11.001 01.10.1983
57526	<u>3. Änderungsvertrag zur Anlage 1a/1e zum MT-An des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 21.9.1984</u> (abgeschlossen mit GÖD im CGD)	80220 00 11.002 01.10.1983
57527	<u>3. Änderungsvertrag zur Anlage 1a/1e zum MT-An des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 21.9.1984</u> (abgeschlossen mit Marburger Bund)	80220 00 11.003 01.10.1983

57528	<u>3. Änderungsvertrag</u> zur Anlage 1a/1e zum MT-An des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vom 21.9.1984 (abgeschlossen mit KOMBA)	80220 00 11.004 01.10.1983
57529	<u>31. Ergänzungstarifvertrag</u> zum BMT-G II der VKA vom 1.9.1984 (abgeschlossen mit GÖD im CGD)	80300 00 31 01.01.1985
57530	<u>Änderungstarifvertrag Nr. 2</u> zum TV - Zuwendung Arbeiter vom 1.9.1984 (abgeschlossen mit GÖD im CGD)	80318 00 02 01.01.1985

Gewerbegruppe XXXII (Sonstige)

57531	<u>Tarifvertrag</u> - Eingruppierung Angestellte der Lebenshilfe Düren gem. GmbH vom 31.1.1984 - kündbar zum 31.12.1987 (abgeschlossen mit ÖTV)	10391 10 84 01.01.1984
-------	---	---------------------------

Für folgende Gewerbegruppen wurden in der Berichtszeit Tarifverträge zur Registrierung nicht vorgelegt:

II, XII, XV, XVI, XVII, XVIII, XXIV, XXXI.

Abkürzungsverzeichnis

1. Arbeitgeberverbände	
VKA	Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände
2. Gewerkschaften	
BSE	IG Bau-Steine-Erden
IGBE	IG Bergbau und Energie
CPK	IG Chemie-Papier-Keramik
DruPa	IG Druck und Papier
GdED	Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GGLF	Gewerkschaft Gartenbau, Land- u. Forstwirtschaft
HBV	Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
GHK	Gewerkschaft Holz und Kunststoff
GK	Gewerkschaft Kunst
GL	Gewerkschaft Leder
IG	Industrie Gewerkschaft
IGM	IG Metall
NGG	Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
GdP	Gewerkschaft der Polizei
DPG	Deutsche Postgewerkschaft
GTB	Gewerkschaft Textil-Bekleidung
DAG	Deutsche Angestellten Gewerkschaft

DHV	Deutscher Handels- und Industrie-Angestellten Verband
VwA	Verband der weiblichen Angestellten e. V.
VDT	Verband Deutscher Techniker
GeDAG	Gesamtverband Deutscher Angestellten Gewerkschaften
RFFU	Rundfunk-, Fernseh-, Film-Union
DJV	Deutscher Journalisten Verband
CMVD	Christlicher Metallarbeiter Verband Deutschlands
MB	Marburger Bund
GGVöD	Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes
GÖDCG	Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im CgD
CGD	Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands

3. Tarifverträge

MTV	Manteltarifvertrag
RTV	Rahmentarifvertrag
LTV	Lohntarifvertrag
GTV	Gehaltstarifvertrag
TV	Tarifvertrag
BAT	Bundes-Angestellten-Tarif
VersTV-G	Versorgungstarif Gemeinden
VersTV-W	Versorgungstarif Waldarbeiter
VersTV-L	Versorgungstarif Landarbeiter
EKT	Ersatz-Kassen-Tarif
BMT	Bundes-Mantel-Tarif

II.

Justizminister**Stellenausschreibungen für die
Verwaltungsgerichte Gelsenkirchen und Köln**

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um

je 1 Stelle eines Richters/einer Richterin am Verwaltungsgericht bei den Verwaltungsgerichten Gelsenkirchen und Köln.

Bewerbungen sind innerhalb einer Frist von 2 Wochen auf dem Dienstwege einzureichen.

- MBl. NW. 1985 S. 20.

Hinweis**Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen**

Nr. 68 v. 17. 12. 1984

(Einzelpreis dieser Nummer 1,85 DM zuzügl. Portokosten)

Glied-Nr.	Datum		Seite
203011		Berichtigung der Verordnung über den prüfungserleichterten Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Justizdienst des Landes Nordrhein-Westfalen vom 19. Oktober 1984 (GV. NW. S. 654)	740
7125	27. 11. 1984	Verordnung über die Gebühren und Auslagen der Bezirksschornsteinfegermeister (Kehr- und Überprüfungsgebührenordnung)	738

- MBl. NW. 1985 S. 20.

Einzelpreis dieser Nummer 6,60 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 68 88/238 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 81,40 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 162,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10. für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 7% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 68 88/241, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8518-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1

ISSN 0341-194 X